

Bürgerentscheid am 7. Dezember

Nein zum Konzert- und Kongresszentrum! Für einen Ausbau der sozialen Infrastruktur!

Die Verwaltungsspitze demonstriert Einigkeit wie selten: Horst Frank (Grüne), Horst Maas (CDU) und Volker Fouquet (SPD) zeigen sich „davon überzeugt, dass ein Konzert- und Kongresszentrum auf Klein-Venedig für die Stadt Konstanz richtig, wichtig und möglich ist.“ Dieser Überzeugung verleihen sie in einer vom Gemeinderat beschlossenen, aus Steuergeldern finanzierten (Kostenpunkt: 65000 Euro) und an alle Haushalte verteilten Broschüre Ausdruck. Die „Informationsschrift“ soll angeblich der Entscheidungsfindung der Bürger dienen, ist aber in Wirklichkeit eine kaum verhüllte Werbeaktion für den geplanten Mammutbau auf Klein-Venedig.

Die Hauptargumente, die von der Verwaltungsspitze dafür ins Feld geführt werden, können sich auf den er-

sten Blick natürlich sehen lassen:

Das Zentrum werde zahlreiche „neue umsatzstarke Gästegruppen“ anlocken, was zu

- ▶ mehr Steuereinnahmen,
- ▶ Aufträge für die heimische (Dienstleistungs-)Wirtschaft
- ▶ und der Schaffung von Arbeitsplätzen führe.

Dabei wirft man mit Zahlen um sich, die in jeder Hinsicht beeindruckend klingen. So ist die Rede von einer „Umsatzsteigerung bis zu 16 Millionen Euro“ (wessen Umsatz sich da allerdings steigern soll bleibt dunkel) und einem jährlichen „Steuerrückfluss an die Stadt“ von „bis zu 600.000 Euro“. Es „entstehen laut Prognosen insgesamt bis zu 360 Arbeitsplätze“.

Der springende Punkt bei all diesen beeindruckenden Zahlen ist, dass es

Fortsetzung auf Seite 2

Zum Bauprojekt „Stadt am Seerhein“ (Ex-Herosé-Gelände)

Kein Frieden in den Hütten! Paläste für Alle! (wenn's geht, auch ohne Krieg)

Stadtplanung ist Gesellschaftspolitik mit Reißbrett und Maurerkelle. Das wird bei Spaziergängen kreuz und quer über Konstanzer Territorium besonders anschaulich:

▶ Sonnenhügel und Seesichten werden mit extensivem Flächenverbrauch von den alten und neuen Reichen okkupiert.

▶ Die historische Altstadt wird nach dem Leitbild von Händlern und Tourismusmanagern immer mehr zum Disneyland des Mittelalters.

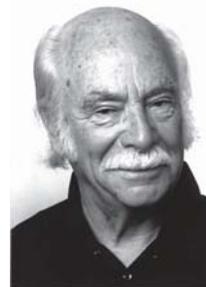
▶ Riesige Brachflächen werden von Grün-Romantikern tabuisiert und

nicht mal der öffentlichen Naherholung gegönnt.

▶ Für die weniger Betuchten bleiben da im wesentlichen nur die Schattenseiten des Stadtgebietes.

Zwischen dem rechten Seerheinufer und der Reichenaustraße (etwa von der Fahrrad- bis zur Autobahnbrücke) gäbe es nun eigentlich die Chance, mit dieser Tradition großbürgerlicher Baupolitik zu brechen. Dieses Areal ist in der Sprache der Immobilienhaie ein „Filetstück“, gleichzeitig aber auch ein städtebaulicher

Fortsetzung auf Seite 3



Im
übrigen
meine
ich...

Tägliches Trommelfeuer

Wenn ich mich gelegentlich von der unreflektierten Hinnahme von Begriffen, die ganz simpel erscheinen, mit denen wir unentwegt eingedeckt werden befreie und hinter den Wortsinn zu kommen versuche, wird mir klar, welche Macht sich hinter solchen, gewissermassen tabuisierten Wörtern verbirgt. So sind wir einem täglichen Trommelfeuer von „Reformen“ ausgesetzt. Faszinierend ist die Erkenntnis, dass durch den andauernden, in diesem Sinne angelegten Gebrauch dieses Wortes „Reform“ eine, im Selbstlauf wirkende Assoziation in Richtung zu etwas selbstverständlich Positivem hergestellt wird. Ich bin sicher, dass der Weg zur Akzeptanz dessen gebnet wird, was erreicht werden soll: die Vermeidung der Gefahr, dass die Zielgruppe Bürger die tatsächliche Intention solcher Bewegungen, nämlich den Sozialabbau nicht erkennt und die fragliche Sache auf „gutem“, eben dem „reformistischen“ Wege sieht. Ich habe bei diesen unsäglichen (mit immer denselben Figuren) Talk-Runden noch nie erlebt, dass die Fragwürdigkeit folgender meist einleitender Feststellung in Frage gestellt wurde: „wir sind uns einig, dass reformiert werden muss“. Das weitere Bla-Bla ist damit mit tödlicher Unausweichlichkeit programmiert. Ich möchte mich jetzt einem anderen Begriff dieser Art zuwenden: die „Demokratie“.

Fortsetzung auf Seite 4

Nein zum Konzert- und...

Fortsetzung von Seite 1

sich natürlich nur um Prognosen und Schätzungen handelt. Und die sind gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und vor allem auch angesichts des zu erwartenden Umbruchs auf dem Sektor der Steuerpolitik noch unsicherer als sowieso schon.

Zwar hat die rot-grüne Regierung in Berlin den Kommunen mehr Mittel versprochen. Gleichzeitig fordert jedoch die Union die Abschaffung der Gewerbesteuer, entschieden wird im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat, Ausgang völlig offen. Auch die Demontagearbeiten an Kranken- und Rentenversicherung, bei denen Regierung und Opposition miteinander wetteifern, wird voraussichtlich weitere Löcher in die Kommunalhaushalte reißen. Daß die Umsetzung von Hartz, Teil wieviel dann eigentlich, weitere finanzielle Belastungen für die Kommunen bringt, gilt ebenfalls als sicher. Wer angesichts dieser Ausgangslage im Brustton der Überzeugung mit höheren städtischen Steuereinnahmen hantiert, muß sich Kaffeesatzleserei vorwerfen lassen, wenn nicht Gravieren-deres.

Ähnliches gilt für die genannte Zahl der angeblich entstehenden 360 Arbeitsplätze. Bei genauerem Hinschauen zeigt sich nämlich, daß die Arbeitsplätze, die einigermäßen gesichert für Zentrum, Hotel und Parkhaus entstehen werden, sich auf 110 belaufen; darüberhinaus werden als Hausnummer einfach 250 weitere Stellen „in den Bereichen Handwerk, Gastronomie, Einzelhandel, Tourismus etc.“ in den Raum gestellt. Ob der Kneipier aber angesichts stagnierender Umsätze und unsicherer Aussichten nun aber tatsächlich noch eine Thekenkraft einstellt, oder die bisherige Mannschaft eben mehr rennen muß? Die Annahme, daß er's nicht tut ist mindestens so berechtigt, wie das Gegenteil. Und selbst wenn, stünden hier finanzieller Aufwand und arbeitsmarktpolitisches Ergebnis in einem Verhältnis zueinander, das beispielsweise die vielgescholtene Subventionierung von Steinkohlebergbau-Arbeitsplätzen wie ein Nasenwasser erscheinen ließe. Außerdem muß die Frage erlaubt sein, ob nicht die Arbeitsplätze, die in Konstanz entstehen, dazu führen, daß in ver-

gleichbaren Einrichtungen der Region wie dem GZH in Friedrichshafen dann Stellen gestrichen werden, weil dort aufgrund der Konstanzer Konkurrenz die Umsätze zurückgehen.

Vornehm verschwiegen wird in der Broschüre zudem, dass das jetzige Projekt mit dem ursprünglichen Ergebnis des Architektenwettbewerbs nicht mehr viel zu tun hat. Die „Jahrhunderchance für Konstanz“, von der die Befürworter im Rathaus und den Fraktionen vollmundig reden, sollte nämlich ursprünglich fast 100 Millionen Euro kosten, ein für eine Stadt mit etwas mehr als 80.000 Einwohnern so großwahnsinniger Betrag, daß selbst hartnäckige Befürworter im Gemeinderat auf Distanz gingen. Man einigte sich darauf, das Projekt finanziell zu deckeln: 49 Millionen Euro soll es jetzt kosten dürfen. Nicht mitgerechnet natürlich die Kosten die bislang schon in das Projekt geflossen sind (laut Agenda-Gruppe Klein-Venedig 250000 Euro), und exklusive der Kosten für die Grundstückerschließung, die ebenfalls noch einige Millionen verschlingen werden.

Unter dem Strich bleibt die Erkenntnis, daß hier ein Projekt hochgezogen werden soll, das unter günstigsten Bedingungen mehr als 50 Millionen Euro kosten wird und in der Folge den städtischen Haushalt Jahr für Jahr mit 3,4 Millionen Euro belasten wird. Die Erfahrungen aus nicht wenigen anderen Städten zeigen, daß sowohl Bau- als auch Folgekosten deutlich höher lagen als geplant; so zahlt die Freiburger Bevölkerung noch heute jährliche Folgekosten von rund 8 Millionen Euro für das dortige Zentrum.

Selbst den unwahrscheinlichen Fall angenommen jedoch, es träte ein, was die kühnen Prognosen aus dem Rathaus verheißen: die Folge wird sein, daß Stadt und Gemeinderat die Axt an weitere soziale und kulturelle öffentliche Leistungen legen werden, bei gleichzeitig steigenden Steuern und Abgaben für die Bürgerinnen und Bürger.

Schon heute ist angeblich kein Geld da für einen in verschiedenen Stadtteilen (wie beispielsweise im Berchengebiet) dringend nötigen Ausbau der sozialen Infrastruktur, werden Spielplätze aus Kostengründen geschlossen, feilscht man um 1000 Euro Zuschuß für soziale oder kulturelle Initiativen. Von einer Förderung des sozialen Wohnungsbaus kann schon lange keine Rede mehr

sein, ebensowenig von arbeitsmarktpolitischen Initiativen, die darauf abzielen, menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen und selbstbestimmtes Arbeiten zu fördern.

Für ein solches Projekt, das zudem die Verkehrsprobleme in der Innenstadt vergrößern und zur weiteren Verknappung von Grünflächen führen wird, ist deshalb kein Platz in der Konzilstadt, zumindest nicht in der heutigen wirtschaftlichen Lage und in der jetzigen Form. Mit dem Bürgerentscheid am 7. Dezember hat die Konstanzer Bevölkerung die Chance, es von der kommunalpolitischen Agenda zu streichen. *jüg*

Reichspogromnacht

Demonstration in Lindau und Bregenz

Mitglieder zahlreicher antifaschistischer Gruppen und linker Parteien aus Oberschwaben und Vorarlberg demonstrierten am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht der Nazis 1938 zunächst beim ehemaligen Gestapohaus in Lindau und dann beim ehemaligen Gestapohaus in Bregenz sowie vor der FPÖ-Zentrale, der rechtspopulistischen österreichischen Regierungspartei mit meist fehlender Abgrenzung nach rechts, und der Sicherheitsdirektion in Bregenz, die ihre rechtlichen Möglichkeiten gegen Neonazis vorzugehen nicht ausschöpft. Im Aufruf zu der Aktion weisen die Veranstalter auf die anhaltenden faschistischen Umtriebe in der Region hin. „Eine besondere Rolle spielt in der östlichen Bodenseeregion das "Blood and Honour"-Netzwerk, das in Deutschland mittlerweile verboten ist, von Vorarlberg aus jedoch trotz dokumentierter Verstöße gegen das Wiederbetätigungsverbot nahezu unbehelligt agieren kann. Es hat erklärtermaßen zum Ziel, unpolitische Skinheads durch Verbreitung von Musik mit rechtsradikalen Texten und Symbolen zu Neonazis umzuerziehen. Sie haben in den letzten Jahren Konzerte mit bis zu tausend BesucherInnen organisiert. An zahlreichen Übergriffen waren Faschos mit "Blood and Honour"-Symbolen beteiligt.“ *red*

IMPRESSUM

SEEBLÄTTE, herausgegeben von der
PDS/Linke Liste Konstanz, V.i.S.d.P.: M. Venedy,
Jakobstrasse 81b, 78464 Konstanz
Zuschriften, Leserbriefe, Stellungnahmen, Kritik an
Fax: 0 75 31-95 85 27, E-Mail: getedok@t-online.de

Friede den Hütten ...

Fortsetzung von Seite 1

Glücksfall. Die Stadt hat hier nämlich 1995 (zu Herosé-günstigen Konditionen) einen großen Park und 2002 (gemeinsam mit der Bodensee-Hegau-Städtebau GmbH, BHS) das ca. vier Hektar große Firmengelände vom Textil-Multi Herosé erworben. Die Fabrik- und Bürogebäude wurden inzwischen komplett abgeräumt, der Boden von Altlasten saniert. Einen Gestaltungswettbewerb gewann der Berliner Professor Klaus Theo Brenner; dessen „Gestalt-Satzung“ wurde in den städtischen Bebauungsplan übernommen, den der Gemeinderat nach mehreren Debatten und Korrekturen am 23. Oktober 2003 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung freigegeben hat.

„Schlösser für das Volk“ möchte Herr Brenner auf diesem Areal entstehen lassen und dagegen können eigentlich auch wir Linken nicht meckern. Die Frage ist nur: Welches „Volk“ hat die BHS bei der Realisierung und Verwertung (sprich Verkauf oder Vermietung) dieses Projektes im Visier?

Welches Wörtchen hat die Stadt Konstanz (der Rat, die Verwaltung, die Wobak) in diesen Phasen noch mitzureden? Was ist zu tun, damit hier auch Normal- und Wenig-Verdiener (bzw. -Besitzende) eine faire Kauf- oder Miet-Chance bekommen? Wie können wir verhindern, daß hier das Gesetz des Dschungels (Pardon: des Marktes) regiert?

Monika Schickel, unsere Vertreterin im Stadtrat ging mit diesen Fragen dem Rat und der Verwaltung schon mehrmals auf die bürgerlichen Nerven und wird das weiterhin tun. Ihre zentrale Forderung dabei ist: Die Hälfte der entstehenden Wohnungen (also etwa 150 Einheiten) sollen von der Wobak (mit Landesmitteln) zu sozialen Konditionen an entsprechende BewerberInnen verkauft bzw. vermietet werden. Mit der anderen Hälfte soll die Bodensee-Hegau-Städtebau GmbH holen, was der Markt hergibt und die Profite für sozialen Wohnungsbau zurücklegen!

Für Infos und Anregungen in dieser Sache ist Monika Schickel jederzeit offen und dankbar. Wir bleiben dran!

Fritz Thiem

Hand in Hand international

Interkulturelle Veranstaltungsreihe

Zwischen dem 23.11.03 und dem 06.12.03 organisiert HAND IN HAND International e.V. in Konstanz und am Bodensee eine interkulturelle Veranstaltungsreihe, die sich einerseits an Schüler, Schulen und Lehrer, andererseits an mit Minderheiten arbeitende Personen und Einrichtungen richtet. Das Veranstaltungsangebot ist geeignet, verschiedene Unterrichtsfächer wie Französisch, Englisch, Geographie/ Erdkunde, Musik und Hauswirtschaft auf spielerische Weise den Schülern näher zu bringen. Es ist gelungen, den pädagogisch und fachlich hoch qualifizierten und talentierten Weltmusiker HAJA Madagascar für diese Veranstaltungen nach Konstanz zu holen. HAJA (sprich Hadsa) ist nicht nur Musiker sondern auch kultureller Botschafter seines Heimatlandes Madagascar sowie Vermittler zwischen verschiedenen Kulturen.

Folgende Termine stehen bisher fest:

- **So. 23.11.03, 10-12 & 14-16 Uhr:** Tanz- & Trommelkurs für Kinder, im Kinderkulturzentrum Konstanz
- **Sa. 29. & So. 30.11.03, 10-12 & 14-16 Uhr:** Tanz- & Trommelkurs für Jugendliche, im Jugendzentrum Konstanz
- **Sa. 06.12.03, 12-16 Uhr:** Kochkurs „Madegassische Spezialitäten“ für Jung & Alt ab 16 Jahren, im Treffpunkt Petershausen
- **Sa. 06.12.03, ab 20 Uhr:** unser 4. Kulturfest für internationale Begegnung mit Konzert von HAJA Madagascar & Präsentation der Arbeitsergebnisse aus den verschiedenen Kursen, im Treffpunkt Petershausen

Diese 4 Veranstaltungen werden von dem Preisgeld des unserem Verein im vergangenen Jahr verliehenen **Konstanzer Sozialpreises** finanziert und sollen daher im Sinne der **Integrationsförderung durch Begegnung** von einerseits Inländern & andererseits Ausländern und sonstigen Minderheiten wie z.B. deutschstämmigen Aussiedlern oder jüdischen Kontingentflüchtlingen besucht werden. Die Teilnahme ist kostenlos, wobei zahlungsfähige Teilnehmer um eine Spende gebeten werden.

Darüber hinaus besteht von Mo. 1.12.03 bis Fr. 5.12.03 die Gelegenheit in Schulen & sonstigen Einrichtungen

- einen Trommel- und/oder Tanzworkshop,
- einen Schülerechte Dia-Vortrag über die Geschichte & Lebensweise in Madagascar in französischer, englischer oder ins deutsche übersetzter Sprache
- ein Konzert entweder nur mit HAJA Madagascar oder mit Präsentation der Workshopergebnisse
- einen Kochkurs „Madegassische Spezialitäten“ durchzuführen.

Am Samstag Abend, den 06.12.03 können die Workshopteilnehmer, so sie wollen, ihre erlernten Fähigkeiten auf unserem 4. Kulturfest für internationale Begegnung vorführen, zu dem außer den Eltern, Lehrern und Betreuern auch die Öffentlichkeit herzlich eingeladen ist. Die im Kochkurs zubereiteten leckeren Speisen können ebenfalls an diesem Abend genossen werden.

Anmeldung und Kontakt:

HAND IN HAND International e.V.
Verein für Begegnung und Zusammenarbeit
Wollmatinger-Str. 19
D-78467 Konstanz
Tel. 7531-997 337

Cross Border Leasing

„Ausverkauf der Städte“

Singen. Attac-Singen veranstaltet zusammen mit anderen Gruppen am 26. November unter dem Motto „Der Ausverkauf der Städte“ einen Vortrag zum Cross Border Leasing der Bodensee Wasserversorgung (BWV), die letztes Jahr an einen amerikanischen Konzern „verleast“ wurde.

An die 170 Gemeinden oder 4 Millionen Menschen trinken Wasser aus dem Bodensee und sind so von dem Leasing betroffen. Ohne die Öffentlichkeit zu befragen, wurde so eine wichtige Lebensgrundlage der öffent-

lichen Kontrolle und der demokratischen Einflussnahme entzogen. Der amerikanische Vertragspartner spart so Steuern in Millionenhöhe. Unter dem Zauberwort „Cross Border Leasing“ werden in Deutschland täglich öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe oder Energieversorger verhökert.

Der Referent Jens Loewe ist Mitglied im Stuttgarter Wasserforum und bringt durch sein fundiertes Fachwissen die besten Voraussetzungen für einen spannenden und lehrreichen Vortrag mit. Der Unkostenbeitrag beträgt 3,- Euro.

red
26. November, 20 Uhr, Singen, Bonhoefferzentrum, Beethovenstr. 50

Zur Einstimmung eine Charakterisierung dieses Begriffes aus der Brockhaus Real-Enzyklopädie von 1844: „entweder man wusste die Volksherrschaft zu einem blossen Schatten und Namen zu machen, in Wahrheit aber die Herrschaft einer reichen und angesehenen Minderzahl zu begründen, welche die Mehrzahl durch einige Formen und Phrasen täuschte, oder man sah das Wirken des Staates sich ganz in den Kampf um die Führung der Geschäfte verlieren, die Masse des Volks aber faktisch danach trachten, die repräsentative Demokratie so viel als möglich in eine zu verwandeln“. Und weiter: „...d. h. Es soll ein reges, politisches Bewusstsein im Volke leben und jegliche Kraft soll sich geltend zu machen suchen, um mit dem Gewicht der öffentlichen Meinung auf das Ganze zu wirken. Dieses Gewicht selbst aber ist ein organisches und siegt nicht durch ir-

Massstab gemacht haben.

Aus diesem Gemenge leitet sich das Gefühl ab, die Grössten in der Welt zu sein (z. B. Der allgemein als „Kaiser“ akzeptierte Beckenbauer 1990: „in den nächsten 10 Jahren werden wir unschlagbar sein“), im Besitz der Suprematie zur Gestaltung aller Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens zu sein. So zeugt der allgemeine, unangefochtene Aufschrei der Empörung über die, von der Ex-Ju-



gend eine mechanische Vorschrift, die da gebietet, sich den meisten oder den lautesten Stimmen zu unterwerfen, sondern indem es sich in den Überzeugungen zur Herrschaft erhebt...“. So könnte Demokratie gedacht, gefordert und gehandhabt werden.

Aber wie ist es heute? Ich bezweifle nicht, dass auch heute eine Definition zu ähnlichen Feststellungen kommen würde. Aber was ist davon im allgemeinen Bewusstsein geblieben? In unseren Breiten, gewissermassen dem Brennpunkt der „westlichen, freien Welt“ oder der „Wertgemeinschaft“ gibt es diffuse, aber zugleich unerschütterliche Vorstellungen, dass das „Wunder von Bern“ uns zu „Weltmeistern“ und Hollywood zur kulturellen Weltmacht und die Wallstreet zum Zentrum des globalen Wohlstands und der American way of life zum allein selig machenden

Bush, für den gleichgeschalteten Konsens in der grundsätzlichen Vorstellung der Überlegenheit der westlichen „demokratischen“ Welt. Warum versehe ich das Wort „demokratisch“ mit Anführungszeichen?

Aus Gründen der Opportunität immer geneigt, bei solchen Erörterungen das aktuelle Geschehen einzubeziehen, kommt mir die Affäre Hohmann zupass. Das lange Zögern der CDU-Spitze, aber viel mehr mein langes, zugegebenermassen vielleicht etwas zu kritisches (deswegen nicht gerade sehr glückliches) Dasein mit meinen „Pappenheimern“ (die ich eben gut zu kennen glaube) lässt mich annehmen, dass es eine viel grössere, wenn auch (noch z. T.) latente Zustimmung zu diesem Gedankengut gibt. Mehr jedenfalls, als die, von den Meinungsforschern immer wieder angegebene 15 – 20 % ausgewiesenen Antisemiten vermuten lassen. Um die

absolute Brüchigkeit zwischen dem kritischen Anspruch und der Realität zu dokumentieren, gibt es viele Hinweise. Aus vielerlei Gründen muss ich mich auf wenige Beispiele beschränken: Diese entnehmen ich der „gleichgeschalteten“ (s. o.) hiesigen Presse. Dass dies möglich ist, entspringt einmal dem, doch noch in linksliberalen Blättern gelegentlich anzutreffenden Rest von journalistischer Aufgeschlossenheit, die aus besseren, vergangenen Zeiten stammt. Aber auch aus der Unausweichbarkeit gegenüber Phänomenen, die – aus welchen Gründen auch immer stammend – einfach nicht mehr totzuschweigen sind.

Also: im Züricher Tagesanzeiger (TA) vom 27.10.03: „... In den USA veranschlagen Experten die Gesamtbezüge der dortigen Konzernchefs gar auf das 400fache des Verdiensts eines Industriearbeiters. Durch Boni, Aktienoptionen und andere Anreize vermochten die Chiefs der 500 grössten Unternehmen, ihr Grundgehalt von etwa 1 Million Dollar in der Regel fast zu vervierfachen.“ Oder im TA vom 30.10.03: „Zwischen 1998 und 2001 nahm die Sterberate russischer Männer und Frauen deutlich zu. Epidemiologen sehen dies im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise 1998. Unter den 35- bis 69-Jährigen stieg die Sterblichkeit bei Männern um 21 Prozent, bei Frauen um 15 Prozent. ... Verglichen mit anderen europäischen Ländern, war die Sterblichkeit in Russland bereits 1991 hoch. Wäre sie jedoch auf diesem Niveau geblieben, hätten rund 2,8 Millionen Todesfälle verhindert werden können.“

Die beiden Beispiele müssen genügen. Jeder kann sie durch aufmerksames Lesen. Hören und Sehen ergänzen. Fazit (fragwürdig, weil dieser Abriss im besten Fall nur Anregung bieten kann): die Demokratie ist in der bestehenden Form und in besonders enger Verquickung mit dem US-Imperialismus ein Konstrukt zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Reichen und zugleich der Mächtigen über Milliarden in Not lebenden Unterdrückten. Diese Herrschenden werden den Fortbestand ihres Regiments mit Klauen und Zähnen verteidigen. Die Beantwortung der alten Frage: „was ist zu tun?“ muss ich dem geneigten Leser überlassen.

Michael Venedey